

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Rechtsanwalt Thorsten Höche, Berlin

„Ein neuer Aufbruch für Europa“ – Überblick zum Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD aus Sicht der Kreditwirtschaft 497

Rechtsanwalt Dr. Matthias Thom, LL.M. (London), und Pia Dürre, Berlin

Venture Debt: Gewährung von Gelddarlehen durch Investmentfonds nach dem KAGB – ein Erfolgsrezept? 502

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

Bundesgerichtshof	8.2.2018	III ZR 65/17	Zur Nachrangigkeit eines auf Treu und Glauben gestützten Auskunftsbegehrens gegenüber einem unmittelbaren gesetzlichen oder vertraglichen Auskunftsanspruch gegen eine andere Person oder Stelle; zum Verlust eines Auskunftsanspruchs nach § 242 BGB bei schuldhafter Nichtwahrnehmung anderweitiger Erkenntnismöglichkeiten (im Anschluss an BGH WM 2017, 2296)	508
Bundesgerichtshof	21.2.2018	IV ZR 304/16	Kein Hinausschieben des Beginns der Verjährungsfrist für einen Rückabwicklungsanspruch nach einem Rücktritt gemäß § 8 VVG a.F. wegen unsicherer und zweifelhafter Rechtslage	512
Bundesgerichtshof	21.2.2018	IV ZR 385/16	Kein Hinausschieben des Beginns der Verjährungsfrist für einen Bereicherungsanspruch nach einem Widerspruch gemäß § 5a VVG a.F. wegen unsicherer und zweifelhafter Rechtslage	514
OLG Karlsruhe	14.7.2017	9 U 170/15*	Keine Erfüllungswirkung durch Überweisung auf ein aufgelöstes Bankkonto	516
OLG München	12.10.2017	29 U 4903/16*	Zur Rechtsnatur von Ein- und Auszahlungsentgelten beim Girokonto sowie zu ihrer wirksamen Vereinbarung in AGB	519
LG Karlsruhe	27.10.2017	10 O 222/17	Keine Zulässigkeit der Entgeltklausel „Bareinzahlung für Münzgeld 7,50 Euro“ in den AGB einer Bank	520

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof	14.2.2018	IV AR(VZ) 2/17	Rechtskraft des Urteils als Nachweis der Empfangsberechtigung im Fall der Hinterlegung zur Abwendung der Zwangsvollstreckung; kein Einfluss der Anzeige der Masseunzulänglichkeit durch den Insolvenzverwalter (§ 210 InsO) auf die Herausgabeanordnung zugunsten des Titelgläubigers, wenn es sich bei der titulierten Forderung um eine Masseverbindlichkeit im Sinne des § 209 Abs. 1 Nr. 3 InsO handelt	523
Bundesgerichtshof	25.1.2018	IX ZA 19/17	Kein Pfändungsschutz des Schuldners im Verhältnis zur Masse für Forderungen, die von der Freigabe der selbständigen Tätigkeit umfasst sind, und für Forderungen, die erst nach Freigabe der selbständigen Tätigkeit des Schuldners beglichen werden, aber in die Masse fallen; zum Unterhaltsanspruch des Schuldners gegen die Masse in solchen Fällen	525

OLG Frankfurt a. M. 17.1.2018 4 U 4/17

Haftung einer beratenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaft wegen vermeintlich nicht rechtzeitigem Hinweis auf Insolvenzsreife des beratenen Unternehmens, insbesondere insolvenzrechtliche Fälligkeit von Ausgleichsansprüchen 527

OLG München 12.12.2017 32 W 1939/17

Zum Verfügungsgrund bei einem Antrag nach § 940 ZPO auf Räumung von gewerblich genutzten Räumen 539

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

Bundesgerichtshof 30.11.2017 I ZR 143/16

Zur Haftung des Versicherungsvermittlers wegen einer Pflichtverletzung bei der Abwicklung eines Versicherungsfalles nach § 280 Abs. 1 BGB; Regulierung eines Versicherungsschadens im Pflichtenkreis des Versicherungsmaklers; kein Einfluss der eigenen Verantwortung des Versicherungsnehmers, sich nach einem Versicherungsfall über Ausschlussfristen nach den Versicherungsbedingungen zu informieren, auf den Pflichtenkreis des Versicherungsmaklers; zur Vermutung beratungsgerechten Verhaltens, wenn für die zu beratende Person bei ordnungsgemäßer Beratung nur eine einzige verständige Entschlussmöglichkeit bestanden hätte; zur Berücksichtigung mitwirkenden Verschuldens der zu beratenden Person bei einem Versicherungsmaklervertrag 542